

Wir veröffentlichen ein unveränderte deutsche Übersetzung des Maßnahmenkatalogs zur Umsetzung der Minsker Vereinbarungen und einen Kommentar dazu, den wir unverändert aus der deutschen Version des VINEYARD OF THE SAKER übernommen haben.

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 034/15 – 15.02.15**

Was in Minsk unterzeichnet wurde

chartophylakeion tou polemou, 11./12.02.15

(<http://www.chartophylakeion.de/blog/2015/02/12/was-in-minsk-unterzeichnet-wurde/>)

Maßnahmenkatalog zur Umsetzung der Minsker Vereinbarungen

Waffenstillstand

1. Unverzüglicher und allseitiger Waffenstillstand in einzelnen Gebieten der Oblaste Donezk und Lugansk der Ukraine und dessen striktes Befolgen ab 00 Uhr 00 Minuten (Kiewer Zeit) am 15. Februar 2015.

Abzug schwerer Waffen

2. Abzug aller schweren Waffen durch beide Seiten, auf gleiche Entfernung, um eine Sicherheitszone mit einer Breite von mindestens 50 Kilometern Abstand für Artilleriesysteme mit einem Kaliber von 100 mm und mehr, eine Sicherheitszone von 70 Kilometern Breite für Raketenartilleriesysteme und einer Breite von 140 Kilometern für Raketenartillerie der Typen „Tornado-S“, „Uragan“, „Smertsch“ und taktische Systeme vom Typ „Totschka“ („Totschka-U“) zu gewährleisten:

- für ukrainische Streitkräfte: gemessen von der faktischen Berührungslinie;
- für die bewaffneten Verbände einzelner Gebiete der Oblaste Donezk und Lugansk der Ukraine: gemessen von der Berührungslinie vom 19. September 2014.

Der Abzug der oben angeführten schweren Waffensysteme muss nicht später als am zweiten Tag des Waffenstillstands beginnen und innerhalb von 14 Tagen abgeschlossen sein.

Dieser Prozess wird durch die OSZE und die Dreiseitige Kontaktgruppe unterstützt.

3. Es ist ein effizientes Monitoring und eine Verifizierung des Waffenstillstands und des Abzugs der schweren Waffensysteme von Seiten der OSZE durchzuführen, beginnend mit dem ersten Tag des Abzugs der Waffensysteme, unter Einbezug aller notwendigen technischen Mittel, einschließlich von Satelliten, Drohnen, Ortungssystemen usw.

Regionale Wahlen

4. Am ersten Tag nach dem Abzug [der schweren Waffen] ist ein Dialog über die Modalitäten der Durchführung regionaler Wahlen, in Entsprechung mit der ukrainischen Gesetzgebung und dem ukrainischen Gesetz "Über die zeitweilige Ordnung der lokalen Selbstverwaltung in einzelnen Gebieten der Oblaste Donezk und Lugansk" zu beginnen, ebenso über den künftigen Status dieser Gebiete, auf der Grundlage des genannten Gesetzes.

Es ist unverzüglich, innerhalb von 30 Tagen nach der Unterzeichnung dieses Dokuments, von der Obersten Rada der Ukraine ein Beschluss darüber zu verabschieden, bei dem das Territorium bezeichnet wird, auf das sich die besonderen Regelungen in Entsprechung mit dem ukrainischen Gesetz "Über die zeitweilige Ordnung der lokalen Selbstverwaltung in einzelnen Gebieten der Oblaste Donezk und Lugansk" beziehen, [und das] auf Grundlage der Linie, die im Minsker Memorandum vom 19. September 2014 definiert ist.

Straffreiheit für "Separatisten", Befreiung von Gefangenen

5. Es hat eine Begnadigung und Amnestie zu erfolgen, indem ein Gesetz verabschiedet wird, das eine Verfolgung und Bestrafung von Personen verbietet, die in Zusammenhang mit den Ereignissen stehen, welche in einzelnen Gebieten der Oblaste Donezk und Lugansk der Ukraine stattgefunden haben.

6. Es ist eine Befreiung und ein Austausch aller Geiseln und unrechtmäßig festgehaltener Personen nach dem Prinzip "alle gegen alle" vorzunehmen. Dieser Prozess muss spätestens am fünften Tag nach dem Abzug [der schweren Waffen] abgeschlossen sein.

7. Es ist auf Grundlage internationaler Mechanismen für sicheren Zugang, Lieferung, Lagerung und Verteilung humanitärer Hilfsgüter für Bedürftige zu sorgen.

Wiederherstellung sozialer und wirtschaftlicher Verbindungen mit Kiew

8. Es werden Modalitäten festgelegt, auf welche Weise die vollständige Wiederherstellung der sozialen und wirtschaftlichen Verbindungen vorgenommen werden wird, einschließlich der Überweisung von Sozialleistungen wie Rentenzahlungen und anderer Zahlungen (Zugänge und Einkünfte, rechtzeitige Bezahlung aller kommunalen Rechnungen, Wiederherstellung der Besteuerung im Rahmen des Rechtsfelds der Ukraine).

Zu diesem Zweck wird die Ukraine die Arbeit ihres Bankensystems in den Gebieten wiederherstellen, die durch den Konflikt berührt sind und es wird möglicherweise ein internationaler Mechanismus geschaffen werden, der solche Überweisungen erleichtert.

Kiew kontrolliert wieder die Staatsgrenzen – nach der politischen Beilegung

9. Es wird die vollständige Kontrolle über die Staatsgrenze von Seiten der ukrainischen Regierung im gesamten Konfliktgebiet wiederhergestellt, beginnend mit dem ersten Tag nach der Durchführung regionaler Wahlen, abgeschlossen nach einer allseitigen politischen Beilegung (regionale Wahlen in einzelnen Gebieten der Oblaste Donezk und Lugansk auf Grundlage des Gesetzes der Ukraine [s.o. – Anm. d. Ü.] und einer Verfassungsreform) bis zum Ende des Jahres 2015, unter der Bedingung einer Umsetzung von Punkt 11 – durch Konsultationen und Abstimmung mit den Vertretern einzelner Gebiete der Oblaste Donezk und Lugansk im Rahmen der Dreiseitigen Kontaktgruppe.

10. Abzug aller ausländischer bewaffneter Einheiten und von [deren] Militärtechnik, ebenso von Söldnern, vom Territorium der Ukraine unter Beobachtung durch die OSZE. Entwaffnung aller illegalen Gruppierungen.

"Dezentralisierung" der Ukraine

11. Durchführung einer Verfassungsreform in der Ukraine und Inkrafttreten einer neuen Verfassung bis Ende 2015. [Diese Verfassung muss] als Schlüsselement eine Dezentra-

lisierung (unter Berücksichtigung der Besonderheiten einzelner Gebiete der Oblaste Donezk und Lugansk) aufweisen, die mit den Vertretern dieser Gebiete abgestimmt ist, ebenso die Verabschiedung eines ständigen Gesetzes über den besonderen Status einzelner Gebiete der Oblaste Donezk und Lugansk in Entsprechung mit Maßnahmen, die in den Anmerkungen aufgeführt sind¹, bis zum Ende des Jahres 2015.

12. Auf Grundlage des ukrainischen Gesetzes "Über die zeitweilige Ordnung der lokalen Selbstverwaltung in einzelnen Gebieten der Oblaste Donezk und Lugansk" sind Fragen, welche regionale Wahlen betreffen, mit den Vertretern der einzelnen Gebieten der Oblaste Donezk und Lugansk im Rahmen der Dreiseitigen Kontaktgruppe zu besprechen. Die Wahlen werden unter Einhaltung der entsprechenden OSZE-Standards und unter Beobachtung von Seiten des OSZE-Büros für Demokratische Institutionen und Menschenrechte durchgeführt.

13. Die Arbeit der Dreiseitigen Kontaktgruppe wird intensiviert, darunter durch die Schaffung von Arbeitsgruppen zur Umsetzung entsprechender Aspekte der Minsker Vereinbarungen. Diese [Arbeitsgruppen] werden in ihrer Zusammensetzung die Zusammensetzung der Dreiseitigen Kontaktgruppe widerspiegeln.

Teilnehmer der Dreiseitigen Kontaktgruppe:

Botschafterin Heidi Tagliavini

Der zweite Präsident der Ukraine, L. D. Kutschma

Der Botschafter der Russischen Föderation in der Ukraine, M. Ju. Surabow

A. W. Sachartschenko

I. W. Plotnitskij

Anmerkungen¹: Solche Maßnahmen beinhalten in Übereinstimmung mit dem Gesetz "Über die zeitweilige Ordnung der lokalen Selbstverwaltung in einzelnen Gebieten der Oblaste Donezk und Lugansk" folgendes:

- Straf- und Verfolgungsfreiheit sowie keinerlei Diskriminierung von Personen, die mit den Ereignissen in Verbindung zu bringen sind, welche in einzelnen Gebieten der Oblaste Donezk und Lugansk stattgefunden haben;
- ein Recht auf lokale Selbstbestimmung hinsichtlich der [Amts]Sprache;
- ein Beteiligung von Organen der lokalen Selbstverwaltung bei der Bestimmung der Leitung der Staatsanwaltschaften und der Gerichte in den einzelnen Gebieten der Oblaste Donezk und Lugansk;
- die Möglichkeit für Organe der zentralen Exekutive, mit den entsprechenden Organen der lokalen Selbstverwaltung in den einzelnen Gebieten der Oblaste Donezk und Lugansk Vereinbarungen hinsichtlich der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung einzelner Gebiete der Oblaste Donezk und Lugansk zu schließen;
- der Staat leistet der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung einzelner Gebieten der Oblaste Donezk und Lugansk Unterstützung;
- zentrale [staatliche] Machtorgane leisten Unterstützung bei grenzüberschreitenden Kooperationen der einzelnen Gebiete der Oblaste Donezk und Lugansk mit Regionen der Russischen Föderation;
- die Schaffung von Einheiten der Volkspolizei [sic "Volksmiliz"] auf Entscheidungen örtlicher Räte mit dem Ziel einer Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung in einzelnen Gebieten der Oblaste Donezk und Lugansk;

- die Befugnisse von Abgeordneten der örtlichen Räte und Amtspersonen, die in vorgezogenen Wahlen bestimmt werden, welche von der Obersten Rada durch dieses Gesetz bestimmt worden sind, können nicht vorzeitig außer Kraft gesetzt werden.

Das nutzlose Abkommen, das jeder wollte

THE VINEYARD OF THE SAKER, 13.12.15

(<http://vineyardsaker.de/ukraine/nutzloses-abkommen/#more-2666>)

Vom Saker (13.02.2015) – Ich bin gleichermaßen belustigt und erschrocken über die vollkommen übertriebene Reaktion der meisten Kommentatoren über das, was wir das "Minsk-II-Abkommen" (M2A) nennen können. Offensichtlich findet jeder eine Analyse überflüssig und ersetzt sie durch überspitzte und schrille, aber gleichsam hohle Äußerungen. Einigen Kommentaren (auf der englischen Saker-Seite) könnte man nachsehen, daß sie davon ausgehen, der Krieg in der Ukraine sei vorüber und das AngloZionistische Empire habe mit Hilfe Putins, Surkows und eines namenlosen, aber dämonischen Heeres russischer Oligarchen dem neurussischen Traum einen vernichtenden Schlag versetzt. Was ist denn los hier? Dreht jeder durch?

Zum Teil mag das daran liegen, daß jeder etwas, alles oder das Gegenteil aus dem Abkommen herauslesen konnte (mehr dazu später), und die westlichen Medien es natürlich als Triumph des westlichen Willens, seiner Diplomatie und seiner Sanktionen präsentierten. Freilich ist das blanker Unsinn, aber das hat man davon, wenn man sich den staatlichen und Konzernmedien ausliefert. Nehmen wir also etwas Abstand vom Getöse und schalten unser Hirn ein, um darüber nachzudenken.

Erstens sei daran erinnert, daß die Junta [in Kiew] jedes einzelne bisherige Abkommen, dem sie sich verpflichtet hatte, gebrochen hat. Es gibt keinerlei Anlaß zu glauben, daß es dieses Mal anders sein könnte.

Zweitens kann Poroschenko alles mögliche versprechen, aber die wahre Macht in der "unabhängigen Ukraine" hält Uncle Sam und die Maidanisten, die er steuert.

Drittens: Warum glaubt Ihr, Merkel und Hollande verspürten den Zwang, auf ihren 'diplomatischen Juckreiz' zu reagieren und diplomatisch einzulenken? Könnte dieser plötzliche Sinneswandel etwas mit einem Städtchen namens Debalzewo zu tun haben? Falls ja: Was sagt M2A über Debalzewo aus? Genau. Gar nichts.

Viertens ist auch dieses Abkommen nicht einmal von Poroschenko unterzeichnet, sondern seitens der Ukraine von Kutschma.

Fünftens, schaut Euch diesen Abschnitt an:

9. Wiederherstellung der vollständigen Kontrolle der ukrainischen Staatsgrenze durch die (ukrainische) Regierung in den Konfliktgebieten am ersten Tage nach Regionalwahlen und der vollständigen politischen Beilegung (Regionalwahlen in einigen Gebieten von Donezk und Lugansk auf Basis ukrainischer Gesetze und einer Verfassungsreform) zum Ende des Jahres 2015, sofern Paragraph 11 erfüllt ist, unter Konsultation und dem Einvernehmen der Repräsentanten einzelner Gebiete der Regionen Donezk und Lugansk im Rahmen der Drei-Partei-Kontaktgruppe.

Seht Ihr, was ich sehe? Unabhängig davon, daß die Grenze unter Kiews Kontrolle gestellt werden soll, nachdem "etwas" passiert sein wird, aber auf dieses "etwas" kommt es an: Verfassungsreform gemäß Konsultation und dem Einvernehmen mit den neurussischen

Führern! Glaubt irgendwer ernsthaft, daß die Rada sich für etwas in diese Richtung einspannen lassen wird? Liaschko? Farion? Tjahnybok? Jarosch? Daß diese zusammenarbeiten werden mit den "untermenschlichen Kartoffelkäfern" aus dem Donbass, um die ukrainische Verfassung zu ändern? Garantiert nicht!

Laßt es uns zusammenfassen: M2A ...

- wurde unterzeichnet von einer Person ohne Autorität;
- im Namen einer Junta ohne Macht;
- ist nichtssagend über die Gründe des Treffens in Minsk;
- enthält unmögliche Abschnitte.

Ein brillanter Text, nicht wahr?

Trotzdem gibt es in diesem Dokument einen Abschnitt mit realistischen Elementen: Ein Waffenstillstand, der vom Abzug aller schwerer Waffen gefolgt wird. Das war's. Der Rest ist vollkommener Quatsch – seht selbst:

- Regionalwahlen unter gemeinsamer Organisation durch die Junta und Neuußland – Quatsch
- Begnadigungen und Amnestien. Eine Blankoamnestie für alle Kriegsverbrechen, einschließlich MH-17 und dem "Grillfest" von Odessa – wi-der-lich.
- Austausch nach dem Grundsatz "alle für alle". Abgesehen davon, daß alle Leute unter der Fuchtel der Junta längst tot sind.
- Humanitäre Hilfestellung. Eine leere Phrase, die Hilfe findet längst statt.
- Wiederaufnahme der Sozial- und Rentenleistungen: Die Junta hat eh kein Geld, wird nicht passieren.
- Verfassungsreform – wird nicht passieren.
- Rückzug aller ausländischen Kräfte: Die, die schon da sind (Nato-Staaten), werden bleiben; die, die nicht da sind (9.000 russische Soldaten), können nicht »abgezogen« werden, weil sie eben nicht da sind.
- Verfassungsreform einschließlich der "Schaffung einer Volksmiliz". LOL! Offenkundig soll das der neue Name der neurussischen Streitkräfte sein.
- Wahlen, nachdem alles Vorstehende implementiert wurde. Weil das nicht passieren wird, wird es auch keine Wahlen geben.
- Schaffung von "Arbeitsgruppen". Wenn ich nicht mehr weiter weiß, mach' ich einen Arbeitskreis – träumt weiter.

Das viel Interessantere an M2A ist nicht, was es enthält, sondern, was es nicht enthält:

- Kein Wort über Debalzewo;
- kein Wort über direkte Verhandlungen der Junta mit den neurussischen Behörden;
- kein Wort über den künftigen Status der Ukraine;
- kein Wort über die ukrainische Wirtschaft (nach wie vor im freien Fall);
- kein Wort über eine Friedensmission (unverzichtbar zur Durchführung und Kontrolle des Waffenstillstands);
- kein Wort darüber, daß die Neurussen keine "Terroristen" sind, sondern ein Teil der Bevölkerung, der nationale Unabhängigkeit ersucht. Poroschenko hat immer noch nicht direkt mit ihnen gesprochen.

Es ist denkbar, daß diese Themen diskutiert, aber nicht in die Öffentlichkeit getragen wurden. Geheime Zusatzprotokolle sind bei M2A ebenso denkbar. Allerdings ist es ebenso denkbar, daß bei diesen Punkten trotz aller Bemühungen keine Einigung erzielt wurde,

weshalb sie einstweilen ausgeklammert wurden. Wenn also gar nichts Greifbares erreicht wurde, warum nahm dann jeder an dieser Veranstaltung teil? Weil jeder etwas davon hat, vorausgesetzt, ein Punkt des Abkommens wird tatsächlich umgesetzt:

- **Die Neurussen:**
 1. Ein Ende der Terrorattacken auf neurussische Städte durch die Junta;
 2. die Anerkennung der Front als Grenze ("Line of Contact");
 3. die gesicherte Zukunft des Voentorg [des Handels zur Versorgung des Militärs], da die Neurussen die Grenze kontrollieren;
 4. Zeit, die geplanten zusätzlichen 100.000 Mann zu mobilisieren und auszubilden;
 5. Anerkennung durch alle Seiten (einschließlich der EU), daß sie einen Sonderstatus verdient haben.
- **Poroschenko:**
 1. Den scheinbaren und symbolischen Rückhalt durch internationale Führer;
 2. ein Ende der neurussischen Geländegewinne;
 3. ein Hoffnungsschimmer für die Junta-Truppen, aus dem Debalzewoer Kessel zu entkommen;
 4. Geld vom IWF (bei weitem nicht genug, aber besser als nichts).
- **Merkel und Hollande:**
 1. Die Einbildung von Relevanz der EU-Außenpolitik;
 2. die (wahrscheinlich fehlgeleitete) Hoffnung, die verrückten Amerikaner zu bremsen;
 3. die Hoffnung, den Wirtschaftskrieg gegen Rußland zu lockern (2× Mistral?)
- **Putin:**
 1. Das Recht auf Kontrolle der Grenze bis zur Umsetzung der Verfassungsreform – in anderen Worten: ad aeternam, bis zum Sanktnimmerleinstag;
 2. die Anerkennung, daß ohne ihn keine Lösung möglich ist;
 3. die Hoffnung auf eine Lockerung der Sanktionen.

Jeder bekam, was er wollte und konnte mit einem Lächeln gehen. Gut für sie, aber davon trägt aber auch gar nichts zur Beilegung des Konfliktes oder gar zu einer echten Lösung bei. In Wahrheit passierte rein gar nichts in Minsk, jedenfalls nichts von Bedeutung. Die Neurussen gewannen die letzte Schlacht, schon wieder, also kamen sie aus einer Position der Stärke nach Minsk. Sie bewegten die Junta zu einem Versprechen, den bekloppten Artilleriebeschuß einzustellen, und da Debalzewo nicht einmal namentlich erwähnt ist, sieht es für mich danach aus, daß die dortigen Junta-Truppen still und leise abziehen können, sofern sie ihre Waffen zurücklassen. Ergo fällt der Debalzewoer Kessel an die Neurussen. Putin bekam politische Anerkennung und die Hoffnung auf keine weitere Verschärfung der Sanktionen (zur Erinnerung: Nach Minsk I hagelte es sofort neue durch die EU). Die Europäer bekamen auch ein Stück vom Kuchen, hauptsächlich gute Presse, und der große Verlierer ist definitiv Poroschenko, der nun den undankbaren Job haben wird, M2A seiner verrückten Rada zu "verkaufen" (dessen Partei derzeit bestrebt ist, ein Gesetz durchzubringen, das die Leugnung der "russischen Aggression gegen die Ukraine" unter Strafe stellt).

Zusammenfassung.

Genau wie im Schach ist auch hier die Zeit ein zentraler Faktor. M2A gab jedem eine kurze Auszeit, aber der Konflikt wird andauern. Das einzige, das ihn stoppen könnte, wäre ein doppelter Kollaps der ukrainischen Wirtschaft und der bewaffneten Kräfte, was nach meiner Einschätzung wahrscheinlich im kommenden Sommer passieren wird. Bis dahin wird dieser Konflikt mehr oder weniger eingefroren sein, obwohl ich erst an einen Rückzug der schweren Waffen durch die Junta glaube, wenn ich ihn auch sehe. Bedenkt, daß man auch ganz gut nur mit Panzern, Mörsern und Infanterie kämpfen kann.

Nazi-Banderastan und Neurußland sind zwei vollkommen unterschiedliche gesellschaftliche Projekte, die nie und nimmer unter einem gemeinsamen Dach koexistieren könnten. Aus taktischen Gründen könnte es nötig sein, diese Möglichkeit vorzuspielen, aber in Wirklichkeit würde es nie funktionieren. Die einzige Chance auf einen Verbleib Neurußlands in der Ukraine wäre eine Denazifizierung letzterer – ohne eine solche wird Neurußland nie zur Ukraine zurückkehren. Diesen harten Fakt will im Westen niemand sehen. In Kiew verstehen sie das, voll und ganz; aber deren "Lösung" ist eine Säuberung Neurußlands von den Neurussen, um der "ukrainischen" Herrenrasse aus der Westukraine 'Lebensraum' im Osten zu geben. Und genau das wird Rußland niemals zulassen. Was nur zwei Möglichkeiten zuläßt: Die EU gibt auf und die Ukraine wird entnazifiziert – oder die USA brechen gegen Rußland einen totalen Krieg vom Zaun, um ersteres zu verhindern.

Zwei Punkte noch:

Aus militärischen Gesichtspunkten ist der Abzug schwerer Waffensysteme gänzlich zum Vorteil der Neurussen. Kiew nutzte diese Systeme zur Drangsalierung der neurussischen Bevölkerung, während die Neurussen ihre Artillerie gegen die Artillerie der Junta einsetzten. Die Neurussen konnten ihre Artillerie nie für Angriffe einsetzen, denn sie befreiten ihr eigenes Land, sie wollten nicht ihre eigenen Zivilisten ermorden. Mit anderen Worten: Wenn beide Seiten wirklich ihre schweren Geschütze abziehen, wird die Junta einer wesentlichen Fähigkeit beraubt und die Neurussen einer nutzlosen.

Kurze Durchsage an die "Putin hat verloren"-Fraktion: Leute, ich habe bislang Eure haltlosen und mantraartig wiederholten Sprüche über Putins Niederlage und seinen "Dolchstoß" und den ganzen Müll ignoriert, aber ich möchte Euch darauf hinweisen, daß noch kein einziger von Euch bisher in der Lage war, eine zusammenhängende, kohärente, faktenbasierte und logisch gestützte Analyse vorzulegen, die Eure These bestätigt. Ich finde, Mantras sind großartig für Joga, aber in diesem Blog lassen sie Euch nicht klüger aussehen. Ich lasse sie hier durchgehen ("warum nicht?"), aber versteht das bitte nicht miß als ein Zeichen der Achtung gegenüber dem Nonsens, den Ihr da auskübelt. Warum ich ihn nicht zerlege, liegt daran, daß genau das die Zeit besser tun wird, als ich es jemals könnte, und daß es schmerzhafter ist, nicht durch Argumente widerlegt zu werden, sondern durch unangefochtene Fakten der Realität. Genau, wie Putin verschrien wurde, er hätte Assad und Syrien betrogen, indem er (Zitat) "das einzige Abschreckungspotential gegen israelische Atomwaffen preisgegeben" hätte. Wie auch immer, wenn Ihr unbedingt müßt, laßt dem Mantra freien Lauf, aber bitte seid Euch darüber im Klaren: Es läßt Euch nur im Lichte der Selbstüberhebung und -fehleinschätzung zurück. Abgesehen davon gibt es da draußen noch den einen oder anderen Blog, der Eure Meinung teilt, auch wenn diese Zahl abnimmt – warum könnt Ihr nicht dort posten? Dort bekommt jeder solche Spruch, besonders unter der Abwesenheit jeglicher Feinheiten, stehende Ovationen. Warum hier leiden, wenn es da draußen einen "himmlischen Konsens" gibt? Denkt mal drüber nach.

OK, das war's für jetzt [...] – wir sehen uns wieder am Samstag, so Gott will.

Der Saker

(Die beiden Ergänzungen in eckigen Klammern haben wir hinzugefügt.)

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern